

Ein „Green Deal 2.0“: Forderungen des BUND für die EU Legislaturperiode 2024-2029

Ein neues EU Ressourcenschutzgesetz

Kurztext:

Der jüngst vorgeschlagene „Critical Raw Materials Act“ wird nicht ausreichen, um den Ressourcenverbrauch Europas auf ein nachhaltiges und gerechtes Maß zu reduzieren. Es braucht einen „Resource Protection Act“ mit verbindlichen Reduktionszielen und einem Reduktionspfad. Über diese muss eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs in allen Mitgliedsstaaten erreicht werden.

Detaillierte Beschreibung (max. 3000 Zeichen):

Welches Problem muss gelöst werden? (warum muss die EU tätig werden)

Die Ressourcenkrise gehört zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. 2023 waren bereits am 02. August die nachhaltig nutzbaren Ressourcen für das gesamte Jahr aufgebraucht. Und der durchschnittliche Ressourcenverbrauch der EU liegt deutlich über dem weltweiten Durchschnitt. Das ist fatal, denn über 90 Prozent des Verlustes biologischer Vielfalt und der global zunehmenden Wasserknappheit und etwa die Hälfte der Treibhausgasemissionen sind mit der Bereitstellung und Umwandlung von Ressourcen verbunden. Eine konsequente Ressourcenwende ist daher der wichtigste Hebel um die Klimakrise abzumildern und das Artensterben aufzuhalten.

Was sind Lösungsmöglichkeiten?

Es braucht einen „Resource Protection Act“ mit verbindlichen Reduktionszielen und einem Reduktionspfad. Über diese muss eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs in allen Mitgliedsstaaten erreicht werden. Ähnlich wie beim Klimaschutz braucht es rechtlich verbindliche Reduktionsziele, die verdeutlichen, wie groß das nachhaltig nutzbare Budget an Ressourcen noch ist. Nur auf dieser Basis kann zukünftig priorisiert werden.

Die Reduktion des Verbrauchs von Primärrohstoffen ist die einzige glaubhafte Antwort auf die Frage der Versorgungssicherheit, die gerade so viele in der EU beschäftigt. Sie ist außerdem die zentrale Voraussetzung zur Etablierung einer echten Kreislaufwirtschaft.

Welche konkreten Hebel gibt es, um diese Lösungen umzusetzen? (welche Gesetze müssen sich ändern, wo braucht es neue Initiativen?)

Siehe oben. Als Vorbild können das deutsche Klimaschutzgesetz und ggf. das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz dienen. Wir sind realistisch betrachtet noch ein ganzes Stück davon entfernt so ein Gesetz zu implementieren. Es muss daher vor allem darum gehen, die Idee zu pflanzen und Verbündete auf europäischer Ebene zu suchen.

An welche Institution richtet sich die Forderung?

EU Kommission, Europäisches Parlament, Rat der EU

Ansprechpartner BGST:

Benedikt Jacobs, Referent für Rohstoff- und Ressourcenpolitik, benedikt.jacobs@bund.net